

Vorentwurf zum Spitalfinanzierungsgesetz Die FEDE verlangt Garantien für das Personal

Das neue Finanzierungssystem erhöht den Druck auf die Spitäler noch weiter, die Gesundheitskosten zu senken. Die FEDE fordert den Staatsrat auf, den vorhandenen Spielraum vollumfänglich zu nutzen, um Personal und Patienten vor den negativen Folgen des neuen Systems zu schützen.

Mit dem neuen System der Spitalfinanzierung werden ab 2012 die diagnosebezogenen Fallkostenpauschalen (DRG oder Diagnosis Related Groups) eingeführt. Beunruhigend ist daran nicht die flächendeckende Einführung dieser Verrechnungsmethode, die bereits in einigen Einrichtungen angewendet wird. Aus gewerkschaftlicher Sicht problematisch ist aber, dass die Krankenkassen eine Vormachtstellung erhalten und der **Wettbewerb** zwischen den Spitälern verstärkt werden soll.

Bereits heute fördern die Krankenkassen eine härtere Konkurrenz im Gesundheitswesen und verlangen Kostensenkungen. Mit dem neuen Finanzierungssystem sollen sie dafür zusätzliche Macht erhalten. Als Messlatte werden jene Einrichtungen mit den niedrigsten Kosten dienen. Somit ist ein **Sparzwang** zu jedem Preis zu befürchten.

Kritisch betrachten die Personalverbände insbesondere die Löhne, den Personalbedarf, die Weiterbildung und die **Arbeitsbedingungen** im Allgemeinen. Es wird deren Abbau im Namen der von den Krankenkassen geforderten Kostensenkungen befürchtet. Ein solcher Abbau würde sich unweigerlich auf die Qualität der Pflege auswirken.

Die kantonalen Behörden werden in eine widersprüchliche und schwierige Lage versetzt. Sie tragen die Verantwortung für eine qualitativ hochstehende Versorgung im Gesundheitswesen. Im Gegenzug führt das neue Gesetz zu einem verschärften Wettbewerb zwischen Spitälern, zu Kostensenkun-

gen und zu einer zunehmenden Eigenständigkeit der Einrichtungen. Dies bedeutet **ein Rückzug der öffentlichen Hand** und birgt ein hohes Risiko, wie es sich bereits verschiedentlich gezeigt hat – im Wallis, aber auch ganz in der Nähe, im Interkantonalen Spital der Broye.

Aus all diesen Gründen sind die Personalverbände besorgt und fordern eine Anpassung des Vorentwurfs und insbesondere die Einforderung von Garantien. Zentral ist in ihren Augen, dass der Staat seine Haltung zu den folgenden Punkten bekräftigt und stärkt:

- **Beibehaltung der Kontrolle über das System.** Damit die öffentliche Hand ihre politische Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahrnehmen kann, muss sie sich unbedingt weiterhin an Entscheidungsgremien beteiligen. Der Staatsrat ist Garant einer kohärenten und wirksamen Gesundheitspolitik. Daher ist es entscheidend, dass er im Verwaltungsrat des Netzwerks «freiburger spital» (HFR) und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit (FNPG) vertreten ist, deren Finanzierung er zu 55 Prozent übernimmt.
- **Erhaltung des Personalstatuts.** Wir erwarten vom Staat, dass er alle nötigen Massnahmen zur Sicherung annehmbarer Arbeitsbedingungen für das Personal der öffentlichen und halbstaatlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens trifft. Die Aufrechterhaltung des aktuellen

Personalstatuts ist hierfür eine entscheidende Garantie. Die FEDE wird jeglichen Versuch bekämpfen, das Statut der Angestellten der beiden Netzwerke HRF und FNPG zu verschlechtern.

- **Sicherung fairer und annehmbarer Löhne.** Die Löhne sind eine Kernfrage, wenn man bedenkt, dass sie 70 bis 80 Prozent eines Spitalbudgets ausmachen. Zur Vermeidung von Lohndumping und zur Förderung der Sozialpartnerschaft fordert die FEDE für das Pflegepersonal von privaten Kliniken die Anwendung der beim Staat geltenden Lohnskala sowie die Verpflichtung seitens der Einrichtungen, mit den Gewerkschaften in Verhandlung um einen Gesamtarbeitsvertrag zu treten.

- **Beibehaltung einer genügenden Personaldotierung.** Es muss den Einrichtungen ermöglicht werden, weiterhin unter angemessenen Bedingungen qualitativ hochstehende Leistungen zu erbringen. Daher fordert die FEDE auch Massnahmen zur Sicherung eines genügenden Personalbestands in den Pflegeeinrichtungen. Immer häufiger klagt das Pflegepersonal über die seit vielen Jahren zunehmende Arbeitsbelastung und den damit verbundenen Stress. Hier müssen Leitplanken eingebaut werden, damit nicht auf Kosten des Personals gespart wird, was sich wiederum negativ auf die Betreuung der Patienten auswirken würde.

Die FEDE fordert deshalb den Staat auf, sich alle nötigen Mitsprachemöglichkeiten zu erhalten, damit die Qualität der Pflege den Erwartungen der Bevölkerung entspricht. Der Staat muss weiterhin Garant eines gut funktionierenden Gesundheitssystems sein. Es obliegt daher der öffentlichen Hand, alle dafür notwendigen Massnahmen zu treffen.

Bernard Fragnière - Präsident FEDE